DIETER STIEVERMANN

Absolutistischer Zentralismus oder ständischer Regionalismus? Preußen und seine westlichen Provinzen im 17. und 18. Jahrhundert

Preußens stürmischer, gleichwohl von vorübergehenden Rückschlägen nicht verschonter Aufstieg zu einer europäischen Macht und dann auch zur Vorrangstellung in Deutschland hat immer wieder das Interesse der Historiker auf sich ziehen können.¹ Die zahlreichen territorialen Bausteine jedoch, die seine langgestreckte geographische Gestalt konstituierten, haben demgegenüber eine ihrer Vielfalt angemessene Beachtung nicht immer gefunden.² Die neuere Diskussion um die inneren Strukturen der absolutistischen Staaten wirkt jedoch zunehmend anregend und hat dazu beigetragen, daß diese Defizite aufgearbeitet werden.³

Dabei wird an zentraler Stelle nicht zuletzt auch sichtbar, was landesgeschicht-

1 Nur eine Auswahl der neueren Darstellungen: S. *Haffner*, Preußen ohne Legende, Hamburg 1978. – B. *Engelmann*, Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten, München 1979. – V. *Hentschel*, Das war Preußen. Streitbare Geschichte 1594-1945, Düsseldorf 1980. – H. W. *Koch*, Geschichte Preußens, München 1980. – G. *Heinrich*, Geschichte Preußens – Staat und Dynastie, Berlin 1981. – W. *Hubatsch*, Grundlinien preußischer Geschichte, Darmstadt 1983. – die große Berliner Preußen-Ausstellung hat ein neues Interesse ganz besonders gefördert – vgl. dazu insbesondere: Preußen. Versuch einer Bilanz. Katalog in 5 Bänden, Hamburg 1981. – in diese Konjunktur gehören ferner auch Nachdrucke wichtiger Standardwerke – etwa: C. *Bornhak*, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, 1903, ND 1979. – Ö. *Hintze*, Die Hohenzollern und ihr Werk, 1915, ND 1979. – F. L. *Carsten*, Die Entstehung Preußens, engl. 1954, jetzt dt. 1968 u. 1979. – auch die DDR hat, im Zusammenhang ihrer eigenen Suche nach den regionalen historischen Wurzeln, Beiträge geleistet – so: G. *Vogler* u. K. *Vetter*, Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin 1974 u. ö. – Preußen. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1983 u. ö.

2 In den unter Anm. 1 genannten Werken beschränkt sich dieser Aspekt häufig genug auf die Nennung der Erwerbsdaten und eine Kartenskizze. Eine erste, nicht immer gleichmäßig befriedigende Einführung in die Eigengeschichte der preußischen Territorien liefert heute: Geschichte der deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“. 1. Bd.: Die Territorien bis zum Ende des alten Reiches, hg. v. G. W. *Sante*, Würzburg 1964. Auf alle weiteren einschlägigen regionalen geschichtlichen Handbücher kann hier nur pauschal verwiesen werden – einige sind unten zitiert. Zunehmend wird jedoch speziell die preußische Geschichte auch aus regionaler Perspektive untersucht – beispielhaft: P. *Baumgart* (Hg.), Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preussen. (= Veröff. d. Hist. Komm. zu Berlin 55), Berlin etc. 1983. – *Ders.* (Hg.), Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat. (= Neue Forschungen zur brandenb.-preuß. Gesch. 5), Köln etc. 1984. – H. *Duchhardt* (Hg.), Friedrich der Große, Franken und das Reich, Köln etc. 1986.

3 Vgl.: W. *Hubatsch* (Hg.), Absolutismus. (= Wege der Forschung 314), Darmstadt 1973. – K. O. *Frhr. v. Aretin* (Hg.), Der Aufgeklärte Absolutismus. (= Neue Wissenschaftl. Bibliothek 67), Köln 1974. – jetzt vor allem: J. *Kunisch*, Absolutismus. (= UTB 1426), Göttingen 1986. – E. *Hinrichs* (Hg.), Absolutismus. (= stw 535), Frankfurt 1986. – Art. „Absolutismus“ (E. Weis). In: Staatslexikon, hg. v. d. Görres-Gesellschaft, Bd. 1, Freiburg 1985, Sp. 37-41.

liche Ansätze⁴ für die allgemeine Geschichte leisten können: vor allem, daß sie in mancher Hinsicht die Rolle eines unverzichtbaren Korrektivs gegenüber den zwar notwendigen, aber vielfach auch unzulänglichen oder irreführenden Generalisierungen und Modellbildungen ausüben.

Im folgenden soll nun die westliche Gruppe von Territorien, über die zur Zeit des Alten Reiches das Haus Brandenburg-Preußen die Herrschaft ausübte, unter der Leitfrage nach dem Verhältnis von zentralistischem Absolutismus und ständischem Regionalismus betrachtet werden. Trotz dieser Schwerpunktbildung werden allerdings umfassendere politische Zusammenhänge nicht ausgeblendet.

Es war das dynastische Erbprinzip,⁵ das es den Kurfürsten von Brandenburg erlaubte, von der östlichen Peripherie in den Westen, in ein Kerngebiet des Reiches und in einen reichspolitisch sehr sensiblen Raum, auszugreifen. Die Bedeutung dieses Westraumes zeigte sich etwa darin, daß Kaiser Karl V. sich 1543 zu einem Kriegszug veranlaßt gesehen hatte, um eine weitere territoriale Arrondierung und konfessionspolitisch unerwünschte Entwicklung eben im niederrheinisch-westfälischen Vorfeld der habsburgischen Niederlande zu verhindern.⁶

Nicht weniger als drei Herzogtümer (Jülich, Kleve, Berg) und zwei Grafschaften (Mark und Ravensberg) waren hier seit 1521 in einem Großkonglomerat dynastisch verbunden.⁷ Das Erlöschen der männlichen Linie des regierenden Hauses Kleve-Mark war schon lange absehbar gewesen, als 1609 der Erbfall wirklich eintrat.⁸

Gegen verschiedene Konkurrenten – nicht zuletzt gegen den schwachen Kaiser Rudolf II. selbst, der ein Heimfallrecht vergeblich durchzusetzen trachtete – ge-

4 Zum landesgeschichtlichen Ansatz s.: P. *Fried* (Hg.), Probleme und Methoden der Landesgeschichte. (= Wege der Forschung CDXCII), Darmstadt 1978. – A. *Gerlich*, Geschichtliche Landeskunde des Mittelalters. Genese und Probleme, Darmstadt 1986. – jetzt bes. C.-H. *Hauptmeyer* (Hg.), Landesgeschichte heute, Göttingen 1987.

5 Zur Bedeutung des dynastischen Prinzips vgl.: J. *Kunisch* u. H. *Neubaus* (Hgg.), Der dynastische Fürstenstaat. (= Historische Forschungen 21), Berlin 1982.

6 Zur Rolle des niederrheinischen Gesamttraumes im Rahmen der kaiserlichen Politik s. die Hinweise bei: Volker *Press*, Die Niederlande und das Reich in der frühen Neuzeit, in: *Etat en religion aux XVe et XVIIe siècles*, hg. v. W. P. *Blochmans* u. H. van *Nuffel*, Brüssel 1986, S. 321-339.

7 Auch dieses, noch sehr viel mehr spätmittelalterlich-dynastisch als frühmodern-staatlich geprägte Herrschaftsgebilde erfreut sich eines neuen Interesses, das ihm als einer Art Vorläufer des Landes Nordrhein-Westfalen sehr wohl ansteht: Land im Mittelpunkt der Mächte. Die Herzogtümer Jülich-Kleve-Berg (Katalog zur Ausstellung), Kleve 1984. – A. *Glezerman* u. Michael *Harsgor*, Cleve – ein unerfülltes Schicksal. Aufstieg, Rückzug und Verfall eines Territorialstaates, Berlin 1985. – nach der Reichsgründung unter preußischer Führung fristete die vorpfeußische Epoche im historischen Bewußtsein nur ein Schattendasein – vgl. etwa: Die Grafschaft Mark. Festschrift zum Gedächtnis der 300jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen, 2. Bde., Dortmund 1909 – zu Minden-Ravensberg s. die Angaben in Anm. 19.

8 B. *Roberg*, Zur Quellenlage und Historiographie des Jülich-Klevischen Erbfolgestreites, in: *Annalen d. Hist. Vereins f. d. Niederrhein* 179, 1977, S. 114-135. – H. J. *Roggendorf*, Die Politik der Pfalzgrafen von Neuburg im Jülich-Klevischen Erbfolgestreit, in: *Düsseldorfer Jahrbuch* 53, 1968, S. I-XVIII u. 1-211.

lang es zwei evangelisch-lutherischen Prätendenten, Pfalz-Neuburg und eben Brandenburg, sich zu einigen und über den dynastisch-erbrechtlichen Anspruch hinaus durch entschlossenes Handeln zu einer mehr oder minder realisierten Besitzergreifung fortzuschreiten.⁹ Sehr bald versank aber auch diese Region, die schon länger durch die spanisch-niederländischen Auseinandersetzungen erheblich leiden müssen, vollends im europäischen Kriegswirbel, so daß an eine wirkliche Regierungsübernahme kaum zu denken war.

Gleichwohl hatten die Jülich-Kleber Erboptionen auf dem Hintergrund der größeren Konstellationen ihre Konsequenzen: Der Pfalz-Neuburger suchte Anlehnung bei der Liga und bei Spanien und wurde 1613 katholisch,¹⁰ der Brandenburger mußte sich zwangsläufig auf die niederländischen Generalstaaten stützen und wurde reformiert, ohne allerdings seine Stammlande nachziehen zu können.¹¹

Nun hatte die schwankende und schwache Politik unter dem letzten Vertreter des Hauses Kleve-Mark u. a. dazu geführt, daß in seinen Landen alle drei Konfessionen vertreten waren: So kam den Religionsentscheidungen der Prätendenten auch eine innerterritoriale Funktion zu – dabei überwogen bei den dominierenden adligen Ständen der seit dem Xantener Vertrag von 1614 dem Brandenburger zugeteilten Territorien Kleve und Mark die Lutheraner, entsprechend auch in Ravensberg, dessen ungeteilter Besitz erst 1647 dem Großen Kurfürsten zugestanden wurde; im brandenburgischen Bereich waren jedoch gerade die beiden wichtigsten Städte und Waffenplätze – Wesel in Kleve und Hamm in Mark – ganz überwiegend reformiert.¹²

Die Konfessionsfragen wurden aber mehr für den Pfalz-Neuburger Wittelsbacher als für den Hohenzollern zu einem inneren Problem – im übrigen hatten sie nicht nur für die Zuordnung der Teile eine gewisse Rolle gespielt, sondern sie erhielten auch einen letzten, rudimentären Rest gesamtstaatlichen Zusammenhangs, da jeder der beiden possidierenden Fürsten zum Wächter über die Rechte

9 Vgl. jetzt die zusammenfassenden Darstellungen: Rheinische Geschichte, hg. v. F. Petri u. G. Droege, Bd. 2: Neuzeit, Düsseldorf ²1976, S. 1-217; F. Petri, Im Zeitalter der Glaubenskämpfe (1500-1648), S. 219-365; M. Braubach, Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648-1815). – Westfälische Geschichte, hg. v. W. Kohl, Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende des Alten Reiches, Düsseldorf 1983, S. 469-535; W. Kohl, Das Zeitalter der Glaubenskämpfe (1517-1618), S. 537-604; M. Wolf, Das 17. Jahrhundert, S. 605-685; A. Hanschmidt, Das 18. Jahrhundert.

10 R. H. Seitz, Reformation und Gegenreformation im Fürstentum Pfalz-Neuburg, in: 475 Jahre Fürstentum Pfalz-Neuburg. Ausstellung ..., München 1980, S. 43-66, bes. S. 55ff.

11 R. v. Thadden, Die Fortsetzung des „Reformationswerks“ in Brandenburg-Preußen, in: Die reformierte Konfessionalisierung in Deutschland – Das Problem der „Zweiten Reformation“. (= Schr. d. Verein f. Reformationsgesch. 195), hg. v. H. Schilling, Gütersloh 1986, S. 233-250.

12 H. Forsthoff, Rheinische Kirchengeschichte. 1. Bd.: Die Reformation am Niederrhein, Essen 1929. – W. Noelle, Lutheraner und Reformierte in der Grafschaft Mark und deren Nebenquartieren bis zum Jahre 1666, Diss. Münster 1931. – auch für die rheinischen Territorien wichtig: A. Schröer, Die Reformation in Westfalen, Bd. 1, Münster 1979. – selbst in Kleve, das wohl überwiegend katholisch war, bestand die Ritterschaft zu etwa Dreiviertel aus Evangelischen: v. Haefen (wie Anm. 15), S. 92, Anm. 13.

der jeweiligen Konfessionsverwandten im Herrschaftsbereich des Miterben berufen war.¹³ Der festgeschriebene religionspolitische Status quo verhinderte sowohl eine konsequente Gegenreformation als auch den Aufbau durchstrukturierter evangelischer Landeskirchen nach den anderswo üblichen Mustern.

Nach 1640 setzte sich der Große Kurfürst – nicht zuletzt durch ausgedehnte persönliche Präsenz – immer stärker in Szene.¹⁴ Die wiederholten Konflikte der Stände von Kleve-Mark mit ihrem neuen Landesherrn drehten sich aber nicht um die Konfessionsfragen, sondern vor allem um das stehende Heer und die dafür notwendigen Steuern. Dieses Ringen hat immer wieder das Interesse der Historiker gefunden.¹⁵ Einzelheiten können hier jedoch nicht referiert werden. Es muß der Hinweis auf Ernst Opgenoorths Feststellung von 1983 genügen, daß die 1660/61 gefundenen Formeln über Indigenat, Versammlungsrecht und Steuerwesen „grundsätzlich bis ans Ende des 18. Jahrhunderts Bestand hatte[n]“¹⁶.

Schon die hier konstatierte Dauerhaftigkeit ist bemerkenswert – insbesondere dann, wenn man sich die noch folgenden organisatorischen und substanzialen Änderungen, vor allem unter König Friedrich Wilhelm I., vor Augen hält.

Opgenoorth hat auch einen aufschlußreichen Vergleich angestellt. Dabei erwiesen sich die Ergebnisse der Auseinandersetzungen in Kleve-Mark für den Adel keineswegs als nachteiliger als diejenigen, die sich teilweise später und nach sehr viel länger dauernden Konflikten in Jülich-Berg unter wittelsbachischer Landesherrschaft einstellten.¹⁷ Diese Einschätzung zeigt also einmal mehr, wie vorsichtig

13 Zu den vertraglich gesicherten, wechselseitigen Kompetenzen in der Konfessionsfrage: J. V. Bredt, Die Verfassung der reformierten Kirche in Kleve-Jülich-Berg-Mark. (= Beitr. z. Gesch. u. Lehre d. Ref. Kirche 2), Neukirchen 1938, bes. S. 281ff. – R. Brämik, Die Verfassung der lutherischen Kirche in Jülich-Berg, Cleve-Mark-Ravensberg in ihrer geschichtlichen Entwicklung. (= Schriftenreihe d. Vereins f. rhein. Kirchengesch. 18), Düsseldorf 1964, S. 101ff. – zur Gegenreformation: L. Keller, Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein. Actenstücke und Erläuterungen. (= Publ. a. d. K. Preuß. Staatsarchiven 9, 33, 62), 3 Bde., Leipzig 1881, 1887, 1895, hier bes. Bd. 3 (1609-1623); jetzt auch M. Lackner, Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten. (= Unterr. z. Kirchengesch. 8), Witten 1973, bes. S. 202ff.

14 Zu dieser Persönlichkeit umfassend und grundlegend: E. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm. Der Große Kurfürst von Brandenburg, 2 Bde., Göttingen 1971 u. 1978.

15 Auch neuere Darstellungen fußen in der Regel auf den ausführlichen, älteren Standardwerken: A. v. Haefen, Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Ständische Verhandlungen, 1. Bd. (Cleve-Mark). (= Urkunden u. Actenstücke z. Gesch. d. Kurfürsten Friedr. Wilh. v. Brandenb., 5. Bd.), Berlin 1869. – Otto Höttsch, Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697. (= Urkunden u. Actenstücke z. Gesch. d. inneren Politik d. Kurfürsten Friedr. Wilh. v. Brandenb., 2. Teil), Leipzig 1908. – vgl. auch die Zusammenfassung bei E. Opgenoorth, Stände im Spannungsfeld zwischen Brandenburg-Preußen, Pfalz-Neuburg und den niederländischen Generalstaaten: Cleve-Mark und Jülich-Berg im Vergleich, in: Baumgart, Ständetum (wie Anm. 2), S. 243-262.

16 Opgenoorth, (wie Anm. 15), S. 247. – A. Holenstein, Formen politischen Handelns der kleve-märkischen Landstände 1640-1660, in: Parliaments, Estates & Representation 5, 1985, S. 59-70, hat diese Einschätzung übernommen.

17 Vgl. dazu jetzt auch R. Walz, Stände und frühmoderner Staat. Die Landstände von Jülich-Berg im 16. und 17. Jahrhundert. (= Bergische Forschungen, Bd. XVII), Neustadt 1982. – ein weiterer

den alten Urteilen und den neuen Verurteilungen des angeblich so heftig triumphierenden fürstlichen Zentralismus und Absolutismus der Hohenzollern begegnet werden muß.¹⁸

Wie wenig in der Tat die Auseinandersetzungen des Großen Kurfürsten mit den Ständen in Kleve-Mark und im Herzogtum Preußen auf eine grundsätzlich antiständische Einstellung schließen lassen, sondern wesentlich mit ihren außenpolitischen Verflechtungen zu erklären sind, das belegt die im allgemeinen weniger beachtete brandenburgische Ständepolitik in Ravensberg (ebenfalls aus der großen Jülich-Klever Erbschaftsmasse) und dem 1648 ganz neu erworbenen angrenzenden Fürstentum Minden.¹⁹ Gerade in diesen relativ kleinen Territorien konnte von einem auch nur annähernden machtpolitischen Gleichgewicht zwischen Landesherr und Ständen in keiner Weise die Rede sein. Dennoch kam es hier – wo die Stände eben keine alternativen außerterritorialen Anknüpfungsmöglichkeiten hatten – ohne größere Konfrontationen zu Kompromissen, die in einem erstaunlichen Umfang traditionelle ständische Rechte festschrieben und sogar neue Wünsche befriedigten. Diese blieben auch im Hinblick auf ihre Dauerhaftigkeit nicht hinter den Verhältnissen in Kleve-Mark zurück. Eine solche Feststellung schließt selbstverständlich Modifikationen in Einzelfragen nicht aus. Die permanente Beachtung und peinliche Befolgung aller Einzelprivilegien konnten die Stände ohne Frage nicht durchsetzen und haben sie wohl auch kaum erwartet – dazu war das persönliche Regiment²⁰ der Kurfürsten und späteren Könige zu sehr Realität, über die auch ein noch so günstiger Ständerezeß nicht hinwegtäu-

Vergleich relativierte ebenfalls die retrospektiv überzeichnete Position des 17. Jahrhunderts: G. Pfeiffer, *Bayern und Brandenburg-Preussen. Ein geschichtlicher Vergleich*, München 1984, S. 32f.

18 Für die ältere, meist positive Einschätzung (aus zentralstaatlicher Perspektive) vgl. z. B. L. Tümpel, *Die Entstehung des brandenburgisch-preussischen Einheitsstaates im Zeitalter des Absolutismus (1609-1806)*. (= *Unterss. z. dt. Staats- u. Rechtsgesch.* 124), Breslau 1915, ND Aalen 1965. – Nach der Katastrophe Preußens verstärkte sich jedoch die Kritik – vgl. etwa F. L. Carsten, *Die Entstehung Preußens*, Frankfurt etc. 1981 (engl. Ausgabe 1954). – gegen Carsten verteidigte F. Hartung wesentliche Elemente der traditionellen Einschätzung; *Der preußische Staat und seine westlichen Provinzen*, in: ders., *Staatsbildende Kräfte der Neuzeit*, Berlin 1961, S. 414-430, bes. S. 418f. (zuerst in: *Westf. Forschungen* 7, 1953-54, S. 5-14). Zur Kontroverse *Hartung-Carsten* vgl. auch Birtsch (wie Anm. 36), S. 33ff. – vgl. allgemein J. Mirow, *Das alte Preussen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung*. (= *Hist. Forschungen* 18), Berlin 1981.

19 Vgl. zu diesen beiden Territorien: K. Spannagel, *Minden und Ravensberg unter brandenburgisch-preussischer Herrschaft von 1648 bis 1719*, Hannover u. Leipzig 1894. – *Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern*. Festschrift ... Bielefeld u. Leipzig 1909. – Mayer von Halfern, *Verwaltung und Justiz in Minden-Ravensberg im Rahmen der preussischen Reformen des 17. und 18. Jahrhunderts*, in: *Minden-Ravensberg. Ein Heimatbuch*, hg. von E. Schoneweg, Bielefeld u. Leipzig 1929, S. 119-145. – H. Nordsieck, *Zur Eingliederung des Fürstentums Minden in den brandenburgisch-preussischen Staat*, in: *Baumgart, Expansion* (wie Anm. 2), S. 45-79. – *Ders.*, „Getreue Unterthanen“. *Das preußische Fürstentum Minden zur Zeit Friedrichs des Großen*, Minden 1986.

20 S. dazu G. Oestreich, *Das persönliche Regiment der deutschen Fürsten am Beginn der Neuzeit*, in: *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin 1969, S. 201-234 (Zuerst in: *WaG* 1, 1935, S. 218-237 u. 300-316), der zu Recht die Kabinettsregierung des 18. Jahrhunderts als dritte Form des persönl. Regiments einstuft.

schen konnte. So hatte bereits 1615 Markgraf Georg Wilhelm mit Blick auf die ravensbergischen Stände festgestellt, daß „... die Privilegien ... [nur] cum grano salis zu verstehen ... seien“.²¹

Wie unverkrampft sich die Beziehungen zwischen Fürst und Ständen aber auch gestalten konnten, belegt sehr anschaulich eine Episode. Nachdem Kurfürst Friedrich Wilhelm 1647 der Grafschaft Ravensberg auf ständisches Bitten eine eigene Kanzlei bzw. Regierung zugestanden hatte, wollten die adligen Herren diese ihnen bald lästig gefallene Einrichtung gerne wieder loswerden. Ihren Sinneswandel in einer solchen, nicht gerade unbedeutenden Sache begründeten sie damit, seinerzeit das einschlägige Ansinnen unterschrieben zu haben, „wie der Rausch annoch nicht ausgeschlafen“ gewesen wäre.²² Der umfassende Rezeß von 1653 beseitigte dann die ungeliebte Kanzlei und befestigte die traditionellen Positionen der vier adligen Drost in den Ämtern; neben finanziellen Aufwendungen brachten die Stände auch einen Verzicht auf Appellationen ein; im Zusammenhang damit wurde ein oberster Gerichtshof für Ravensberg in Berlin eingerichtet, der bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts bestand.²³ Allerdings darf nicht unterschlagen werden, daß die Vereinbarungen von 1653 auch den Sinn hatten, einen Anschluß der Ravensberger an die Ständeopposition in Kleve-Mark zu verhindern.

Bei allen Einzelerfolgen des Zentralismus und Absolutismus wirkte es sich jedoch für den Spielraum der Außenbesitzungen günstig aus, daß die Landesherren nach dem Großen Kurfürsten meist weit weg waren – so sah sich die Mindener Regierung 1706 veranlaßt, einem königlichen Kabinettssekretär besondere Zuwendungen zukommen zu lassen, damit ihre Vorlagen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes oder gar überhaupt erledigt wurden.²⁴

Für die Zeit nach 1713 kann man von einer neuen, administrativen Phase des preußischen Absolutismus sprechen, die eine ältere, politische ablöste.²⁵ Die spektakulären, auch in der Geschichtswissenschaft durchweg gewürdigten verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen König Friedrich Wilhelms I. legen eine solche Charakterisierung nahe. Sie kann auch für die Westprovinzen Gültigkeit beanspruchen, kam es doch dort 1723 genauso zur Etablierung von Kriegs- und Domänenkammern im Zusammenhang eines straff zentralistischen Behördenaufbaus wie in den östlichen Territorien der Krone Preußen.²⁶

21 *Spannagel* (wie Anm. 19), S. 102.

22 *Ebd.*, S. 130.

23 *Ebd.*, S. 133.

24 *Ebd.*, S. 108f.

25 E. *Opgenoorth*, Die rheinischen Gebiete Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Baumgart* (Hg.), *Expansion* (wie Anm. 2), S. 33-44, bes. S. 37.

26 Vgl. jetzt die Zusammenfassung der preußischen Verwaltungsgeschichte: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, hg. v. K. G. A. *Jeserich* u. a., Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches – darin:

In Minden und Ravensberg hatte es kurz vorher schon insofern eine einschneidende Verwaltungsänderung gegeben, als 1719 ältere Pläne verwirklicht wurden, und die Grafschaft Ravensberg – die ja seit alters keine eigene Zentralbehörde hatte – der Regierung in Minden unterstellt wurde: durchaus nicht mit dem Willen der Betroffenen. Die Kriegs- und Domänenkammer für Minden und Ravensberg wurde diesem Vorgang entsprechend ebenfalls in Minden angesetzt – ihre Zuständigkeit erstreckte sich auch auf die wenige Jahre vorher erworbenen Grafschaften Tecklenburg und Lingen.²⁷

Für Kleve-Mark wurde – gemäß der traditionellen engen Verbindung dieser beiden Territorien – zunächst auch nur eine Kammer eingerichtet. Ihr Sitz war Kleve, wo sich seit dem Spätmittelalter Kanzlei bzw. Regierung befanden – diese überkommene Regierung blieb sehr wohl erhalten, ihre allerdings schwindende Kompetenz umfaßte vor allem Hoheits-, Rechts- und Kirchensachen.²⁸

Sehr unmittelbar waren aber auch die Bürger selbst von weiteren Neuerungen Friedrich Wilhelms I. betroffen, den man Preußens größten inneren König genannt hat.²⁹ Die Einführung der Akzise auch in den Westterritorien – zuerst bis 1716 in Kleve-Mark verwirklicht, dann anschließend in Minden-Ravensberg – bedeutete einen unmittelbaren steuertechnischen Durchgriff auf die Stadtbevölkerung, war diese Maßnahme doch mit dem Aufbau eines separaten Steuerapparates verbunden.³⁰ Dieser Eingriff mußte eine grundsätzliche Änderung der städtischen Steuerverfassung nach sich ziehen, fielen doch die weitgehend üblichen Steuern, die von den Städten in Eigenregie erhoben worden waren, fort. Die zuständigen königlichen Kommissionen verbanden also die Akziseeinführung mit einer umfassenden Neuordnung des „rathäuslichen Wesens“, wie es hieß: Reduzierung und Festschreibung der Magistrate, Regelungen für Besoldung und Schuldenwesen und insbesondere die Aufstellung verbindlicher Etats standen

S. 858-889: W. Vogel, Die Entwicklung der brandenburgischen Verwaltung bis zum Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. (1713), S. 892-941; W. Hubatsch, Verwaltungsentwicklung von 1713-1803 – die besonderen Verhältnisse der Westprovinzen kommen in diesen Abrissen jedoch nicht ganz zu ihrem Recht. – unverzichtbar ist weiterhin: O. Hintze, Einleitende Darstellung der Behördenorganisation und allgemeinen Verwaltung in Preußen beim Regierungsantritt Friedrichs II. (= Acta Borussica VI, 1), Berlin 1901. – hilfreich auch noch: C. Bornhak, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin 1903, ND 1979. – für den Westen weiterführend, auch in Einzelheiten: J. Kloosterhuis, Fürsten, Räte, Untertanen. Die Grafschaft Mark, ihre lokalen Verwaltungsorgane und die Regierung zu Kleve, in: Der Märker 35, 1986, S. 3-26, 76-87, 104-117 u. 147-164.

27 H. Tümpel, Politische Geschichte, in: Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern (wie Anm. 19), S. 1-88, hier S. 31f.

28 J. Kloosterhuis, Staatsarchiv Münster. Kleve-Märkische Regierung, Landessachen. Findbuch, 2 Bde. (= Veröff. d. staatl. Archive d. Landes Nordrhein.-Westf., Reihe F. Findbücher, Nr. 1), Münster 1985, hier bes. Bd. 1, S. XIII.

29 So z. B. F. Hartung, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders., Staatsbildende Kräfte (wie Anm. 18), S. 178-344, hier S. 191 (zuerst in: Abhandl. d. Preuß./Dt. Akademie d. Wiss., 1942-48). – vgl. auch G. Oestreich, Friedrich Wilhelm I. (= Persönlichkeit und Geschichte 96/97), Göttingen etc. 1977.

30 Überblick bei Hanschmidt (wie Anm. 9), S. 635f.

dabei auf der Tagesordnung. Die zunehmenden Verzögerungen beim zweiten Teil der Neuordnung – die den König nicht so stark interessierte, da finanzielle Erträge hier nicht zu erwarten waren – zeigten jedoch die Grenzen der positiven monarchischen Gestaltungsmöglichkeiten; insbesondere die Schuldenregulierungen zogen sich noch teilweise jahrzehntelang hin. Grundsätzlich aber verblieben die Städte unter der Aufsicht eines Steuerrates, des sogenannten *commissarius loci*.³¹

Den Untertanen in Stadt und Land galten dann andere königliche Initiativen, mit denen das wachsende Heer eine gesicherte Rekrutierungsbasis erhalten sollte – die Festschreibung des sog. Kantonssystems 1733 (im Westen 1735) ist hier an erster Stelle zu nennen.³² Waren selbst beim Kantonssystem durch Ausnahmeregelungen Kompromisse gegenüber der besonderen Struktur der Westprovinzen nötig,³³ so zeigten sich solche insbesondere auch bei anderen Fragen, die zwar für den König wohl weniger relevant, für die adligen Stände und ihr Selbstverständnis aber durchaus von Bedeutung waren. So scheiterte um 1717 in Kleve-Mark der allgemeine königliche Plan, die Lehen zu allodifizieren – die traditionellen Lehnspflichten wurden aber wie anderswo auch durch einen regelmäßigen Kanon ersetzt.³⁴ In Minden-Ravensberg setzte sich dieses Projekt jedoch ohne vergleichbare Probleme durch³⁵ – die schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts differierenden Positionen haben hier möglicherweise nachgewirkt.

Auch dem ebenfalls zu Beginn der Regierung Friedrich Wilhelms I. forcierten Ansinnen an die Stände, auf das Appellationsrecht hinsichtlich der Reichsgerichte zu verzichten, entzogen sich mit anderen Territorien eben auch Minden und Kleve-Mark³⁶: bezeichnenderweise einmal mehr im Unterschied zu Ravensberg,

31 I. *Barleben*, Die Entwicklung der städtischen Selbstverwaltung im Herzogtum Kleve während der Reform Friedrich Wilhelms I. (= Rhein. Archiv 18), Bonn 1931. – R. *Reinhardt*, Die Besonderheiten der preußischen städtischen Verwaltung in den Grafschaften Mark und Ravensberg im 18. Jahrhundert, Diss. Münster 1967. – D. *Stievermann*, Preußen und die Städte der westfälischen Grafschaft Mark im 18. Jahrhundert, in: Westf. Forschungen 31, 1981, S. 5-33. – *Tümpel* (wie Anm. 27), S. 33f. – *Nordsiek*, „Getreue Unterthanen“ (wie Anm. 19), S. 41.

32 *Hubatsch* (wie Anm. 26), S. 905. – grundlegend noch immer C. *Jany*, Geschichte der Königlich Preußischen Armee bis zum Jahre 1807, 1. Bd., Berlin 1928, S. 692. – vgl. auch zum ganzen Komplex O. *Büsch*, Militärsystem und Sozialleben im Alten Preußen 1713-1807. (= Veröff. d. Hist. Komm. ... Berlin 7), Berlin 1962.

33 Zu den Regelungen, aber auch zu früheren Aushebungskonflikten in der Grafschaft Mark vgl. P. D. *Frommann*, Aus der Geschichte der Grafschaft Mark und der Bevölkerung des märkischen Gebietes in vor- und frühgeschichtlicher Zeit, Hagen 1956, S. 68. – zu Ausnahmen für Minden-Ravensberg s. *Tümpel* (wie Anm. 27), S. 36f. u. 40f.: Vor allem unter Friedrich II. kam es hier zu Lockerungen.

34 L. *Wollenhaupt*, Die Cleve-Märkischen Landstände im 18. Jahrhundert. (= Historische Studien 158), Berlin 1924, S. 41f. – nach *Bornhak* (wie Anm. 26), S. 214, ist es in Kleve-Mark allerdings 1766 zur Allodifikation gekommen.

35 *Tümpel* (wie Anm. 27), S. 34f.

36 K. *Perels*, Die allgemeinen Appellationsprivilegien für Brandenburg-Preußen. (= Quellen u. Studien z. Verfassungsgesch. d. Dt. Reiches in Mittelalter u. Neuzeit III, 1), Weimar 1908, S. 57ff., bes. S. 61-65. – vgl. auch G. *Birtsch*, Die landständische Verfassung als Gegenstand der Forschung, in:

das in dieser Frage ja schon 1653 nachgegeben hatte. Das allgemeine Appellationsprivileg für die preußischen Lande von 1746 brachte dann allerdings an den Ständen vorbei die Erfüllung der königlichen Abschließungswünsche.³⁷

Trotz aller Einschnürung unter Friedrich Wilhelm I. konnte sich das kleve-märkische Ständetum im Prinzip behaupten: Die Landtage von Adel und Städten wurden entgegen den ursprünglichen Wünschen des Königs weiter gehalten;³⁸ die flexible preußische Politik war hier vielleicht von dem Gedanken geprägt, durch rigides Vorgehen nicht etwa die noch bestehenden Chancen auf den Erwerb von Jülich-Berg zu beeinträchtigen.³⁹ Aber selbst in Minden, wo solche Rücksichten nicht zu nehmen waren, erlosch das ständische Leben nicht vollständig: Noch 1733 erwarben die Mindener Stände ein Stadthaus – allerdings hatten sich hier und in Ravensberg die Städte stillschweigend von den landständischen Aktivitäten zurückgezogen.⁴⁰

Den Regierungswechsel zu Friedrich II. (dem Großen) 1740 dürfte man in den Westterritorien ähnlich wenig gespürt haben wie den Sturz des höfischen Systems 1713 – an der aktuellen Präsenz Preußens in seinen einzelnen Gebieten durch die Beamten und durch das ebenfalls gesamtstaatlich wirkende Militär änderten solche, in der Zentrale spektakulären Ereignisse zunächst kaum etwas.⁴¹

Allerdings sollten Verschiebungen in der politischen Konstellation die Gewichte innerhalb des Länderkonglomerats des brandenburgisch-preußischen Hauses in der nun anbrechenden Ära noch einmal ganz erheblich und diesmal sehr eindeutig zu Ungunsten des Westens verlagern.

Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert, hg. v. D. Gerbard (= Veröff. d. MPI f. Gesch. 27), Göttingen ²1974, S. 32-55, bes. S. 50f., der das Appellationsrecht und andere, zähl verteidigte Rechte in ihrer Bedeutung für das landständische Selbstverständnis würdigt.

37 Vgl. *Perels*, wie Anm. 36

38 Vgl. allgemein *Wollenhaupt* (wie Anm. 34), hier bes. S. 64f. – *Hanschmidt* (wie Anm. 9), S. 626, beurteilt „die Beschränkung der ständischen Zuständigkeiten“ in Minden und Ravensberg als „etwas milder“ im Vergleich zur Grafschaft Mark, ohne dies jedoch im einzelnen zu begründen.

39 Zur Bedeutung dieses Motivs für die königliche Ständepolitik im Westen vgl. *Wollenhaupt* (wie Anm. 34), S. 56, u. *Bornhak* (wie Anm. 26), S. 214.

40 *Nordsiek*, „Getreue Unterthanen“ (wie Anm. 19), bes. S. 50f. – A. *Hartlieb von Wallthor*, Die landschaftliche Selbstverwaltung Westfalens in ihrer Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert. (Veröff. d. Provinzialinstituts f. westf. Landes- und Volksforschung I, 14), Münster 1965, S. 10-12. – vgl. ebd., S. 12ff. auch Tecklenburg, Lingen und bes. Mark. – Überblick über den Westen mit seiner „Rand- oder Sonderstellung“ auch bei G. *Birtsch*, Der preußische Hochabsolutismus und die Stände, in: *Baumgart*, Ständetum (wie Anm. 2), 389-408, bes. S. 399ff. (Zitat S. 401).

41 Aus der Fülle der Friedrich-Literatur seien zwei neuere Biographien genannt: I. *Mittenzwei*, Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Köln 1980 (zuerst Berlin/DDR). – Th. *Schieder*, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Berlin 1983. – umfassende sachliche Informationen zu Person und Epoche liefern: Panorama der friderizianischen Zeit. Friedrich der Große und seine Epoche, Bremen 1985. – Preußens großer König. Leben und Werk Friedrichs des Großen. Eine Ploetz-Biographie, hg. v. W. *Treue*, Würzburg 1986. – vgl. jetzt P. *Baumgart*, Fridericiana. Neue Literatur aus Anlaß des zweihundertsten Todestages König Friedrichs II. von Preußen, in: HZ 245, 1987, S. 363-388.

War noch unter Friedrich Wilhelm I. der lange ersehnte Erwerb eines Teiles von Vorpommern mit Stettin (1713/20) in der unmittelbaren Nachbarschaft der brandenburgischen Kernlande im Hinblick auf die gesamtstaatliche Balance durch die Akquisitionen von Mörs und Lingen 1702, Tecklenburg 1707, Obergeldern 1713 mehr oder weniger kompensiert worden,⁴² so bedeutete der Gewinn Schlesiens durch Friedrich den Großen 1740 eine irreversible Entscheidung für den eindeutigen gesamtstaatlichen Schwerpunkt an der östlichen Peripherie des Reiches.

Dabei war das „Rendez-vous des Ruhmes“⁴³ des jungen Friedrich in den schlesischen Erblanden des Hauses Habsburg so nicht erwartet worden – hatte man doch eher mit einer expansiven Offensive Preußens im Westen gerechnet. Dort galt dem Herzogtum Berg als einem Bestandteil der vormaligen großen niederrheinisch-westfälischen Erbmasse aus dem Nachlaß des Hauses Kleve-Mark doch schon lange ein besonderes Interesse der Brandenburger: Kurfürst Friedrich Wilhelm war hier noch 1646 wie auch 1651 in Jülich mit einem militärischen Handstreichunternehmen gescheitert;⁴⁴ das abzusehende Ende der auch in Düsseldorf regierenden Pfalz-Neuburger Linie hatte jedoch Preußens Ambitionen erneut aufleben lassen. König Friedrich Wilhelm I., der dieses Projekt intensiv verfolgt hatte, sah sich allerdings durch nicht erfüllte Zusagen des Kaisers schließlich als der Geprellte.⁴⁵ Mit dem Herzogtum Berg verbanden sich also traumatische Erfahrungen Preußens in seinem Verhältnis zum Kaiserhaus.

Berg wurde aber nicht die Beute, durch die der junge König Friedrich seine und seines Hauses Machtstellung entscheidend aufzuwerten gedachte. Überhaupt waren für Preußen im Westen auch kaum Gewinnmöglichkeiten mit einem Schlesien vergleichbaren Stellenwert auszumachen – solcherart, daß sie zum einen Preußens Eigengewicht so nachhaltig verstärken und zum anderen Habsburgs Kernpositionen so unmittelbar schwächen konnten; dazu kamen noch die offenbaren Vorteile, die Schlesien für den Gesamtstaat durch seine gewerblichen Strukturen einbrachte, dies war ein weiterer Faktor, der den besonderen Wert der Westterritorien als Gewerbestandorte nicht unerheblich relativierte.

42 Geschichte der deutschen Länder. „Territorien-Plöetz“, 1. Bd., hg. v. G. W. Sante, Würzburg 1964, S. 172f. (Mörs u. Obergeldern: E. Wisplinghoff u. H. Dahm) u. S. 402 (Tecklenburg u. Lingen: H. Rächtering u. E. Kittel). – zur fortgeschriebenen rechtlichen Sonderstellung von Mörs, Tecklenburg u. Lingen („Orange-Tribunal“) vgl. auch Bornhak (wie Anm. 26), S. 137-140.

43 Oft zitiert, z. B. Hintze (wie Anm. 1), S. 325, u. Hubatsch (wie Anm. 1), S. 50 – hier, wie in den meisten neueren Darstellungen, wird dem nüchternen Machtkalkül, das den Wert Schlesiens sehr wohl zu schätzen wußte, der höhere Stellenwert gegenüber der in den Quellen durchaus nachzuweisenden Ruhmesbegierde zugewiesen.

44 Opgenoorth (wie Anm. 14), Bd. 1, S. 160f. u. 212ff.

45 Hintze (wie Anm. 1), S. 307f., 315f. u. 323. – zu Friedrichs Einstellung s. Schieder (wie Anm. 41), bes. S. 129f., 139f. u. 144f. – ferner auch Hubatsch (wie Anm. 1), S. 49, der zu Recht betont, daß es ihm (im Gegensatz zum Vater, der zäh an diesen Rechten hing) um Ausdehnung an sich ging.

Die Inbesitznahme Ostfrieslands⁴⁶ mit etwas weniger als 100 000 Einwohnern 1744 – ein Nachspiel der früheren Westpolitik – konnte in keiner Hinsicht als ein Äquivalent zu Schlesien⁴⁷ mit seiner großen Menschenzahl von über einer Million⁴⁸ betrachtet werden – ganz zu schweigen von der späteren, noch weiter verstärkten preußischen Ostorientierung als Folge der polnischen Teilungen. 1740 dürfte die Bevölkerungsziffer der Westgebiete noch knapp $\frac{1}{5}$ der Gesamtzahl (ohne Schlesien) von gut zwei Millionen ausgemacht haben,⁴⁹ 1784 betrug der relative Anteil nur mehr ca. $\frac{1}{10}$.⁵⁰ Hier ist also eine ganz erhebliche Verschiebung der Relationen eingetreten.

Im Siebenjährigen Krieg lassen sich hinsichtlich der Westprovinzen zunächst weder klare Optionen dieser Länder in ihrer Gesamtheit noch des Königs ihnen gegenüber erkennen. Vor allem Kleve und Mark standen zeitweilig unter fremder Besatzung und Verwaltung: Friedrich akzeptierte weitgehend die elastische Politik von Rumpfbehörden und Ständen vor Ort: Trotz der schwierigen Lage flossen ihm jedoch auch aus diesen Gebieten noch Hilfsmittel zu.⁵¹

Gleichwohl ließen die damals gemachten Erfahrungen ihn insbesondere unter strategischen Gesichtspunkten am Wert dieser Besitzungen stärker zweifeln – entsprechende Überlegungen enthält z. B. das politische Testament von 1768.⁵²

46 Vgl. zusammenfassend B. Kappelhoff, Ostfriesland, in: Ziechmann (wie Anm. 41), S. 715-722. – E. Eimers, Die Eingliederung Ostfrieslands in den preußischen Staat, in: Baumgart, Expansion (wie Anm. 2), S. 119-168. Bemerkenswert ist auf jeden Fall, daß Friedrich seinen Erwerb vor allem dem Rückhalt bei den Ständen verdankte.

47 Zu Schlesien vgl. P. Baumgart, Die Annexion und Eingliederung Schlesiens in den friderizianischen Staat, in: ders., Expansion (wie Anm. 2), S. 81-118. – ders., Schlesien in der Politik Friedrichs des Großen, in: Treue, Preußens großer König (wie Anm. 41), S. 161-172. Baumgart betont vor allem das strategisch-machtpolitische Kalkül für die Erwerbung Schlesiens: Diese Sicht dominiert allgemein, z. B. auch bei Mittenzwei (wie Anm. 41), S. 52; von Anfang an besitzen die wirtschaftlichen Aspekte jedoch für Hubatsch (wie Anm. 1), S. 49, entscheidendes Gewicht.

48 Diese Zahl nach: Geschichte der deutschen Länder (wie Anm. 42), S. 616 – hier sind für 1756 ca. 1,3 Mio. Einwohner genannt.

49 Diese Angabe beruht auf den Zahlen von G. Schmoller, Das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I., in: ders., Deutsches Städtewesen in älterer Zeit. (= Bonner Staatswiss. Unterss. 5), Bonn 1922 (ND 1964), S. 231-428 (zuerst 1871ff.), bes. S. 280-288: Demnach ergibt sich für die Zeit um 1740/48 eine Gesamtzahl von ca. 2 071 000, davon für den Westen 392 000 – d. h. ca. 19%. – Mittenzwei (wie Anm. 41), S. 35, nennt für 1740 eine Gesamtzahl von 2,2 Mio.

50 Nach den Zahlenangaben bei C. von Looz-Corswarem, Die westlichen Landesteile, in: Ziechmann (wie Anm. 41), S. 695-704, bes. S. 698: Gesamtzahl: 5 379 600, Westen: 565 000 – also ca. 9,5%.

51 Vgl. Kloosterhuis (wie Anm. 26), S. 152. – F. Böckenholt, Zur Geschichte der Königlich-Preussischen Provinzialverwaltungsbehörde der ehemaligen Grafschaft Mark zu Hamm (Westf.), Diss. Münster 1911, S. 26ff. – zu den Darlehen für Preußen aus der Grafschaft Mark 1760ff. vgl. Die Grafschaft Mark (wie Anm. 7), Bd. 2, S. 240ff., u. Stievermann (wie Anm. 31), S. 18. – zur österreichischen Zivilregierung in den besetzten Westprovinzen arbeitet Horst Carl (Tübingen) an einer Dissertation.

52 Politische Testamente der Hohenzollern. (= dtv dokumente), hg. v. R. Dietrich, München 1981, S. 284 u. 349f. – vgl. auch R. Dietrich, Der preussische Staat und seine Landesteile in den politischen Testamenten der Hohenzollern, in: Baumgart, Expansion (wie Anm. 2), S. 1ff.

Die politischen Testamente bieten auch die bekannten, vielfach negativen Stereotypen über den Adel der Provinzen: Bei Friedrich dem Großen prägte sich hier ein mehr oder weniger deutliches Ost-West-Gefälle der Abneigungen aus – die Formulierungen reichen von den dummen Klevern, die im Alkoholrausch von ihren Vätern gezeugt worden sind, bis zu den verständigen und treuen Mindernern;⁵³ hier treffen wir wohl weniger konkrete soziale Erfahrungen, sondern mehr Reflexe auf die schon traditionellen ständischen Widersetzlichkeiten besonders in Kleve.

Das geschärfte königliche Bewußtsein von den besonderen Verhältnissen des kleinräumig zugeschnittenen, noch ständisch mitbestimmten, relativ stark verstädterten und dicht besiedelten, auch zunehmend stärker sich gewerblich entwickelnden Westens⁵⁴ führte aber nicht nur zu Negativeinstellungen, sondern ließ Friedrich auch positiv zu einer größeren Beweglichkeit in der Regierungspraxis kommen, als sie etwa sein Vater gezeigt hatte.

So erfolgte 1748 eine Festschreibung der teilweise schon älteren Übung, bestimmte Bezirke aus wirtschaftlichen Rücksichten von der militärischen Werbung zu befreien – dabei fiel den Ständen bei der Aufbringung des Geldersatzes (der sog. Werbegelder) eine wichtige Aufgabe zu.⁵⁵ Für das hochspezialisierte märkische Eisengewerbe wurde 1755 ein Fabrikenkommissar bestellt – hier gab es wohl ebenfalls einen Zusammenhang mit älteren Vorbildern.⁵⁶ Bei der Einführung des Landratsamtes in Kleve-Mark 1753 stand zwar der Gedanke einer gesamtstaatlichen Angleichung im Vordergrund, im einzelnen wurde jedoch sehr wohl auch auf die Interessen des eingessessenen Adels geachtet, der nach 1720 durch den Entzug der Droststellen in den Ämtern empfindliche Besitzstandsverluste erlitten hatte.⁵⁷ Überhaupt läßt sich nach der Jahrhundertmitte ein Funktionszuwachs der Stände nicht verkennen: nicht nur bei der Verwaltung der Werbefreihungsgelder, auch bei der Feuersozietät, insbesondere dann im Siebenjährigen Krieg und noch lange nachher bei der Schuldenverwaltung im Rahmen der „Landes-Creditkasse“; auch im neu aufgebrochenen Streit um die Periodizität der

53 Belege s. Politische Testamente (wie Anm. 52), S. 164 (zu 1752) u. 332 (zu 1768). – zu den entspr. Vorgaben aus der väterlichen Einstellung s. ebd., S. 110f. (zu 1722).

54 Wichtige Hinweise auf die besonderen westlichen Verhältnisse enthält der Überblick von v. *Looz-Corswarem* (wie Anm. 50).

55 *Wollenhaupt* (wie Anm. 34), S. 95ff. – R. *Kubna*, Die ständischen Verfassungen in den westfälischen Landesteilen Preußens und im Fürstbistum Münster 1780-1806, Diss. Münster 1963, S. 71ff. – vgl. ferner K. *Bell*, Die Stände in Kleve-Mark zur Zeit des aufgeklärten Absolutismus und der französischen Revolution, Diss. Frankfurt 1926 (Masch.).

56 *Stievermann* (wie Anm. 31), S. 20. – A. *Sellmann*, Kriegs- und Steuerrat Michael Christian Göring als Wohltäter der Stadt Hagen, Hagen 1939, S. 12.

57 *Wollenhaupt* (wie Anm. 34), S. 88ff., modifiziert z. T. die Ergebnisse von A. *Schill*, Die Einführung des Landratsamtes in Cleve-Mark, Diss. Berlin 1909. – in Ravensberg wurde dieses Institut bereits 1734 eingeführt, in Minden war es noch älter – s. *Tümpel* (wie Anm. 27), S. 33, u. *Mayer von Halfern* (wie Anm. 19), S. 133.

Landtage kam der König den Ständen entgegen.⁵⁸ Aus dem Kreis der adligen Landräte fanden dazu Vertreter Zutritt bei den Kriegs- und Domänenkammern, den Bollwerken des administrativen Zentralismus;⁵⁹ den städtischen Magistraten wurde schließlich 1765 das Kooptationsrecht zurückgegeben.⁶⁰ Die führenden Positionen in diesen Magistraten hatten aber nicht „minderwertige Berufsbeamte“ – wie Bornhak⁶¹ 1903 meinte – inne: In den Westgebieten war hier nach wie vor eine Oligarchie anzutreffen, die mit Handel und Gewerbe eng verflochten war, deren Angehörige auch die Justizstellen vielfach besetzten, familiäre Bindungen in die Regierung hinein besaßen, teilweise sogar Landräte stellten und Beziehungen selbst zu den Kammern pflegten, die ja nicht mehr ausschließlich mit Landfremden besetzt wurden.⁶² Das preußische Prinzip des landfremden Beamten war dazu von vornherein nicht konsequent durchzuhalten gewesen: Nicht zuletzt war es durch Eheschließungen relativiert worden, dazu auch durch die einfache Tatsache, daß viele Positionen wegen der niedrigen Einkünfte langfristig nur von solchen Leuten wahrgenommen werden konnten, die mit Besitz im Lande angeessen waren.

Auch nach Friedrichs Tod konnte im Westen die ständische Mitsprache manches bewirken: Erneute günstige Modifikationen für das Rekrutenwesen und bei der Akzisepolitik – in zwei Zentralbereichen des preußischen Absolutismus also – sind hier an erster Stelle zu nennen.⁶³

Dem skizzierten ständischen Beharrungsvermögen und sogar Bedeutungszuwachs in den alten Westprovinzen entsprach die kräftige Behauptung des Ständewesens in Ostfriesland und Geldern.⁶⁴ Diese Erscheinungen gehören zum einen sicherlich in den Rahmen der allgemeinen Entwicklungen dieser Epoche,⁶⁵ zum

58 Vgl. bes. *Wollenhaupt* (wie Anm. 34). – *Kuhna* (wie Anm. 55). – sehr ausführlich behandelt diese Epoche M. *Lehmann*, Freiherr vom Stein, 1. Teil, Leipzig 1902.

59 *Wollenhaupt* (wie Anm. 34), S. 91 – vor allem durch das Amt der Landesdirektoren.

60 *Stievermann* (wie Anm. 31), S. 20.

61 *Bornhak* (wie Anm. 26), S. 316. – zur Kontinuität in den Stadträten/Magistraten über die Reformen hinaus vgl. *Stievermann* (wie Anm. 31), bes. S. 10.

62 Für diesen Bereich fehlt noch eine breite prosopographische Forschung – es können hier nur einige Einzelbeobachtungen angeführt werden – so zeigte 1782 der Altenaer Akziseinspektor detailliert die engen verwandtschaftlichen Verflechtungen beim Altenaer Landgericht an (*Acta Borussia*, Behördenorganisation 16, 2, 1982, S. 758f., ähnlich war es um 1775 in Lüdenscheld: ebd., Bd. 16, 1, 1970, S. 222f.). – weitere Hinweise (mit Anführung genealogischer Literatur) bei *Kloosterhuis* (wie Anm. 26), S. 111 u. 152. – auch der spätere Steuerrat M. C. Göring, ein Lutheraner aus Hinterpommern, hatte 1737 eine Weseler Kaufmannstochter reformierter Konfession geheiratet: *Sellmann* (wie Anm. 56), S. 10. – zur Personalfrage vgl. auch *Opgenoorth* (wie Anm. 25), S. 37ff.

63 Vgl. vor allem *Wollenhaupt* (wie Anm. 34), S. 76f. – *Stievermann* (wie Anm. 31), S. 21f. – *Lehmann* (wie Anm. 58), S. 127ff. u. 106ff.

64 Für Ostfriesland s. hier Anm. 46. – für Obergeldern vgl. die Hinweise bei *Looz-Corswarem* (wie Anm. 50), S. 699 – gerade hier bestanden auch neuere vertragliche Sicherungen, die im Zusammenhang des Erwerbs entstanden waren – vgl. *Hintze* (wie Anm. 26), S. 489ff.

65 Vgl. die Hinweise bei V. *Press*, Landstände des 18. und Parlamente des 19. Jahrhunderts, in:

anderen müssen sie nach ihrem Umfang aber wohl auch in einem Zusammenhang mit den oben skizzierten Gewichtsverschiebungen unter den Bausteinen der preußischen Monarchie gesehen werden. Gerade der nach 1740 relativ sinkende Wert der Westprovinzen im Hinblick auf den gesamten Herrschaftsbereich des Hauses Brandenburg-Preußen ließ es offenbar dazu kommen, daß diese Besitzungen stärker von der Gesamtentwicklung abgekoppelt wurden. Als markante Indizien für diese ausgemachte Zweitrangigkeit sind etwa die Zollgrenzen zwischen Ost und West sowie die Tauschprojekte, vor allem seit Friedrich dem Großen, zu benennen – im Gegensatz dazu hatte ja unter Friedrich Wilhelm I. die bergische Frage noch den Mittelpunkt der außenpolitischen Bemühungen Preußens gebildet.⁶⁶

Trotz einer nicht zu verkennenden Sonderstellung innerhalb des sich insgesamt zunehmend verfestigenden Gesamtstaates kann aber doch der Blick auf Obergeltern, Mörs, Kleve, Mark, Ravensberg, Minden, Tecklenburg, Lingen und Ostfriesland in mancher Hinsicht für die allgemeine Einschätzung des Absolutismus, speziell Preußens, durchaus weiterführende Aufschlüsse bieten.

Das prinzipiell „Unfertige“ des Absolutismus (Ilja Mieck),⁶⁷ worauf die allgemeine neuere Forschung zu Recht wieder verstärkt aufmerksam gemacht hat – eben sein „relativer Charakter“, wie es Ernst Walter Zeeden formuliert hat,⁶⁸ oder die Fortexistenz des „Nichtabsolutistischen im Absolutismus“ im Sinne Gerhard Oestreichs⁶⁹ läßt sich für die großen Monarchien eben ganz besonders deutlich in solchen Außengebieten zeigen.

Dabei ist aber in unserem Fall nicht nur auf die Fortexistenz von traditionellen und auch neubelebten ständischen Einrichtungen sowie auf ihre Einwirkungsmöglichkeiten neben den zentralistischen königlichen Behörden und Initiativen zu verweisen. Auch eine Anpassung der sozialen Grundstrukturen im Verhältnis zwischen Adel und Bauern auf dem Fuße der ostelbischen Verhältnisse erfolgte nicht⁷⁰ – selbst die Verleihung adliger Jurisdiktionen und adliger Steuerfreiheit

Deutschland zwischen Revolution und Restauration, hg. v. H. Berding u. H.-P. Ullmann, Düsseldorf 1981, S. 133-157. – *ders.*, Vom „Ständestaat“ zum Absolutismus. 50 Thesen zur Entwicklung des Ständewesens in Deutschland, in: Baumgart, Ständetum (wie Anm. 2), S. 319-326, bes. S. 326.

66 Opgenoorth, (wie Anm. 25), S. 43f., setzt den Einschnitt früher, um 1700, als der Westen seine geistige Vermittlerrolle verlor. – bei der Organisation des Generaldirektoriums 1723 waren aber noch zwei der vier Abteilungen mit dem Westen befaßt: Hintze (wie Anm. 1), S. 290.

67 I. Mieck, Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit, Stuttgart etc. ³1981, S. 174.

68 E. W. Zeeden, Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung. (= Studienbuch Geschichte. Darstellung u. Quellen 6), Stuttgart 1981, S. 50.

69 G. Oestreich, Strukturprobleme des europäischen Absolutismus, in: *ders.*, Geist und Gestalt (wie Anm. 20), S. 179-197 (zuerst in: VSWG 55, 1969), hier S. 183. – Wiederaufnahme des Zitats bei P. Baumgart, Wie absolut war der preußische Absolutismus?, in: Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur. (= Preußen ... Katalog – wie Anm. 1 – T. 2), S. 89-105, hier S. 93.

70 Vgl. dazu etwa M. Bosch, Die wirtschaftlichen Bedingungen der Befreiung des Bauernstandes im Herzogtum Kleve und in der Grafschaft Mark im Rahmen der Agrargeschichte Westdeutschlands. (= Tübinger Staatswiss. Abhandl. NF 21), Berlin etc. 1920.

unter dem Großen Kurfürsten vermochte hier keinen substanziellen Wandel zu schaffen;⁷¹ gleichwohl waren im Westen die grundherrschaftlichen Verhältnisse nicht gleichförmig – so wies die sog. „Eigenbehörigkeit“ im Bereich von Minden und Ravensberg schon eine engere Verwandtschaft mit der Agrarverfassung in den Kernländern der Monarchie auf.⁷²

Handel und Gewerbe spielten dagegen im Westen eine stärkere Rolle, insbesondere am Rhein und in den Grafschaften Mark und Ravensberg – vorpreußische Wurzeln lagen dem zugrunde, weniger merkantilistische Anstöße der zentralistischen Administration, die sich im übrigen mit den besonderen Verhältnissen nicht immer leicht tat.⁷³

Die Unvollkommenheit der absolutistisch-zentralistischen Verstaatung und das Weiterleben regionaler Eigenart – einschließlich der ständischen Komponente – erweisen sich also gerade im Westen als komplementäre Erscheinungen. Erfahrungen und Anregungen aus seiner Tätigkeit eben in dieser Region konnte so der Freiherr vom Stein dann für seine Reformpläne nutzen – hierauf hat mit allem Nachdruck Max Lehmann 1902 aufmerksam gemacht⁷⁴: allerdings erscheint sein Diktum, daß es etwa in der Grafschaft Mark keinen Absolutismus gegeben habe,⁷⁵ auch auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Absolutismusdebatte wohl doch überzogen.⁷⁶

71 S. dazu *Hötzsch* (wie Anm. 15), S. 177ff.

72 E. v. *Meier*, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im XIX. Jahrhundert, Bd. 2, Leipzig 1908, S. 118. – *Mayer von Halfern* (wie Anm. 19), S. 125f. – Als entscheidender Unterschied zu den östlichen Provinzen bleibt jedoch bestehen, daß im Westen a) eine starke herrschaftliche Zersplitterung im ländlichen Bereich herrschte und b) die sehr wohl verbreitete, vielfach gestufte bäuerliche Unfreiheit gleichwohl selbständiges Wirtschaften und persönlichen Wohlstand erlaubte – vgl. *Hartlieb von Wallthor* (wie Anm. 40), S. 33ff.

73 Zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Westens vgl. H. *Potthoff*, Geschichte von Gewerbe und Handel, in: Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern (wie Anm. 19), S. 179-256. – E. *Schoneweg*, Das Leinengewerbe in der Grafschaft Ravensberg. Nach der Ausgabe von 1923 ergänzt um einen Beitrag von H. *Potthoff*, Das Ravensbergische Leinengewerbe im 17. und 18. Jahrhundert und ..., Osnabrück 1985. – E. *Dösseler*, Die Wirtschaft der Grafschaft Mark unter Brandenburg-Preußen 1609-1806, in: Altenaer Beiträge NF 1, hg. v. F. *Krins*, Altena 1961, S. 5-77. – G. *Lange*, Das ländliche Gewerbe in der Grafschaft Mark am Vorabend der Industrialisierung. (= Schrr. z. rhein.-westf. Wirtschaftsgesch. 29), Köln 1976. – K. H. *Kaufhold*, Das Metallgewerbe der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jahrhundert. (= Vortragsreihe d. Gesellsch. f. westf. Wirtschaftsgesch. e. V. 20), Dortmund 1976. – H. *Kisch*, Die hausindustriellen Textilgewerbe am Niederrhein vor der industriellen Revolution. (= Veröff. d. MPI f. Gesch. 65), Göttingen 1981, bes. S. 66ff. (Krefelder Seide). – M. *Barkhausen*, Aus Territorial- und Wirtschaftsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze, Krefeld 1963. – für die westfälischen Provinzen vgl. insbes.: St. *Reekers*, Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800. T. 2: Minden-Ravensberg, in: Westf. Forschungen 18, 1965, S. 75-130. – *dies.*, Beiträge ... T. 5: Grafschaft Mark, in: ebd. 21, 1968, S. 98-161 (mit breiter Berücksichtigung des 18. Jhs.).

74 *Lehmann* (wie Anm. 58). – vgl. auch *Hartlieb von Wallthor* (wie Anm. 40), S. 70ff.

75 *Lehmann* (wie Anm. 58), S. 132.

76 Deutlich hat sich jetzt J. *Kunisch* in einer Besprechung (R. Vierhaus, Staaten und Stände 1648-1763, Berlin 1984) gegen eine zu starke Betonung des Regionalen und Nichtabsolutistischen in dieser Epoche gewandt (Ztschr. f. Hist. Forschung 13, 1986, S. 362-364).